



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: II 4 - 23 d 01.04.26-1/05-12/003

Per E-Mail

Ausländerbehörden
in Hessen

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Herr Wagner
Durchwahl (06 11) 353 1325
Telefax: (06 11) 353 1343
Email: marcus.wagner@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

nachrichtlich:

Datum 25. März 2013

Regierungspräsidien
Darmstadt – Gießen - Kassel

Aufnahmeanordnung gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG für syrische Staatsangehörige, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG sind, und ihre Familienangehörigen, die sich mit einer Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 6 AufenthG in Deutschland aufhalten

Der Bund und die Länder haben sich auf eine Aufnahmeanordnung zu Gunsten von syrischen Studierenden und ihren Familienangehörigen verständigt, die verhindern soll, dass dieser Personenkreis allein aus finanziellen Gründen als Resultat der aktuellen Situation in Syrien sein Aufenthaltsrecht verliert.

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG soll deshalb nur dann in Betracht kommen, wenn der Bestand oder die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG aufgrund fehlender Lebensunterhaltssicherung nicht mehr gewährleistet werden kann.

Nach § 23 Abs. 1 AufenthG ordne ich daher im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern an:

I. Aufnahmeanordnung

Syrischen Staatsangehörigen, die sich seit spätestens 1. Februar 2013 mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG im Bundesgebiet aufhalten, wird auf Antrag eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG nach folgenden Maßgaben erteilt:

1. Die Voraussetzungen zur Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG liegen mit Ausnahme der Sicherung des Lebensunterhalts vor.
2. Die bisherige finanzielle Unterstützung durch syrische Stellen, Organisationen oder Privatpersonen wird nicht mehr erbracht.
3. Die Studierenden erhalten keine bzw. nicht ausreichende deutsche Fördermittel.
4. Den Studierenden stehen auch durch die Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit keine bzw. nicht ausreichende Finanzmittel zur Lebensunterhaltssicherung zur Verfügung.
5. Die fehlende Lebensunterhaltssicherung ist durch die Studierenden nachzuweisen bzw. hinreichend glaubhaft zu machen. Dies kann durch Vorlage von Kontoauszügen erfolgen. Über den Nachweis bzw. die Glaubhaftmachung ist eine Niederschrift zu fertigen. In der Niederschrift ist der Hinweis aufzunehmen und vom Studierenden zu bestätigen, dass eine Belehrung über die Strafbarkeit im Falle unrichtiger oder unvollständiger Angaben zur Beschaffung eines Aufenthaltstitels nach § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG und deren Folgen erfolgt ist.
6. Die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG wird für bis zu zwei Jahre erteilt und verlängert. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt im Umfang von § 16 Abs. 3 AufenthG zur Erwerbstätigkeit. Die Aufenthaltserlaubnis ist nicht mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage oder einer auflösenden Bedingung zu verfügen.
7. Im Falle des erfolgreichen Abschlusses des Studiums finden §§ 16 Abs. 4, 18 bis 21 AufenthG entsprechend Anwendung.
8. Die Anordnung findet entsprechende Anwendung auf Promovierende unabhängig von der Art des Aufenthaltstitels, deren Lebensunterhalt ebenfalls zunächst durch syrische Stellen, Organisationen oder Privatpersonen gesichert wurde, soweit es sich um eine förderfähige Erstausbildung nach dem BAföG handelt.
9. Im Bundesgebiet lebende Ehegatten und minderjährige Kinder werden auf Antrag einbezogen, wenn sie sich seit spätestens 1. Februar 2013 mit einer Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufhalten.
10. Sobald die Sicherung des Lebensunterhalts durch andere Leistungen als aus dem BAföG und/oder dem SGB II wieder gewährleistet ist, soll erneut eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG bzw. nach Abschnitt 6 des Aufenthaltsgesetzes erteilt werden.

II. Statistik

Die Ausländerbehörden melden den Regierungspräsidien vierteljährlich – beginnend ab dem 15. Juli 2013 für das zurückliegende Quartal – die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse nach dieser Anordnung getrennt nach Studierenden/Promovierenden und Familienangehörigen. Die Regierungspräsidien berichten mir zusammenfassend – beginnend ab dem 31. Juli 2013 – ebenfalls vierteljährlich an das Funktionspostfach Aufenthaltsrecht@hmdis.hessen.de.

Im Auftrag

Ruf-Hilscher

(elektronisch erstellt, daher nicht unterschrieben)